

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18 008.

Inseratenpreise: Die 7spaltige Petitzeile 50 Pfg. und 40% Feuerungsaufschlag — 70 Pfg. Desgl. bei Plagvorschrift 55 Pfg. und 40% Feuerungsaufschlag — 77 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Räumung Rußlands durch die Entente?

Die Entente zieht ihre Truppen aus Rußland zurück.

Kopenhagen, 18. Sept. (Zll.) Ueber London wird aus Paris gemeldet, daß der Oberste Rat der Alliierten in Clemenceaus Bureau im Kriegsministerium eine Sitzung abhielt, an der Clemenceau, Lloyd George, Tittoni, Koch, Tardieu und Philipp Berthelot teilnahmen. Es wurde einstimmig beschlossen, Rußland zu räumen und es den russischen Revolutionären zu überlassen, ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen, jedoch so, daß die Interessen der Nachbarstaaten gewahrt bleiben.

Falls sich diese Meldung bestätigen sollte, wären die außenpolitischen Schwierigkeiten Sowjetrußlands mit einem Schlage gelöst. Während sich in Ententekreisen die Vermunft gegenüber Rußland Bahn bricht, beharrt die deutsche Regierung in Feindschaft zu Moskau. Zu spät werden die Befürworter dieser veröfentlichten Politik einsehen, daß sie in ihrer Kurzsichtigkeit dem deutschen Volke nicht wieder gutzumachenden Schaden zugefügt haben.

Die Friedensverhandlungen Sowjetrußlands.

Stockholm, 17. Sept. Die Friedensverhandlungen zwischen Estland und Rußland beginnen am 15. September alten Stils und zwar in Petshory und nicht in Pleskau. Wie die Zeitung „Nytt Svensk“ erfährt, sollen die Vorverhandlungen bereits in Jsborsk begonnen haben.

Friedensverhandlungen sämtlicher Randstaaten?

Mosk., 17. Sept. Auf der Konferenz der baltischen Staaten hielt der estnische Außenminister Poska eine Ansprache, aus der hervorzugehen scheint, daß die Randstaaten insgesamt ihren Frieden mit Sowjet-Rußland zu machen gedenken. Poska führte u. a. aus: Die anderen Nationen haben sich schon von auswärts an unsere Delegation gewandt, indem sie uns als ihren älteren Bruder bezeichnen und ihre Hoffnung äußern, daß wir als Vorkämpfer auch ihre Interessen nicht vergessen werden.

Neuorientierung in der Politik der Entente gegenüber Rußland?

Amsterdam, 17. Sept. Wie der Neue Rotterdamse Courant aus Newyork meldet, hat Bullitt am 18. September seinen Bericht über Rußland veröffentlicht. In diesem Bericht bekräftigt er den Vorschlag Venins, daß die Sowjetregierung mit den Alliierten Frieden schließen wolle. In den veninschen Vorschlägen werde vorgelesen, daß die Sowjetregierung die Kontrolle über alle Eisenbahnen haben solle und daß die wirtschaftliche Blockade aufgehoben und den politischen Gefangenen Amnestie gewährt werde. Bullitt schildert Venin als einen Mann, der die Phantasie des russischen Volkes beherrsche, wodurch seine Stellung die eines Diktators sei. Man könne in Rußland nur eine sozialistische Regierung errichten. Wenn die Blockade aufgehoben würde, so würden die Parteien, die grundsätzlich gegen die Kommunisten seien, sie aber im Augenblick unterstützen, imstande sein, den Kampf zu gewinnen. Die Kräfte der russischen Regierung seien jetzt der aufbauenden Arbeit angewandt. Die Phase des Niederkreisens sei vorbei.

Der Fall Bullitt hat sich zu einem großen Angriffspunkt gegen Wilson und Lloyd George entwickelt. Die amerikanische Senatsopposition hat sich des Bullittschen Berichts bemächtigt, um daraus großes Kapital gegen den Friedensvertrag zu machen.

Ein Ultimatum der Entente zwecks sofortiger Räumung des Balkikums.

Noch immer haufen die deutschen Kosaken im Baltikum. v. d. Golz hält wieder in Mitau Parade ab und hält Ansprachen, worin er auf die „Schwierigkeiten“ hinweist, die ein weiteres „Verbleiben“ (des Räuberlebens) in Lettland im Gefolge hätte. Die Entente ist, wie schon gestern angedeutet, nicht gewillt, der v. d. Golzischen Komödie länger untätig zuzuschauen. Savas verleiht eine Meldung, wonach

„Koch beauftragt wurde, an Deutschland eine Note mit Ultimatumcharakter zu senden, durch die es aufgefordert werden soll, die nötigen Maßnahmen gegen die deutschen Truppen in Litauen zu treffen, für die es verantwortlich gemacht wird, und die es unverzüglich zurücknehmen muß.“

Die deutsche Regierung wird also für die militaristischen Exzesse des v. d. Golzischen Gefindels verantwortlich gemacht und aufgefordert, für sofortige Rückkehr der uniformierten Banditen zu sorgen. Welchen Schaden die Horden in Lettland angerichtet haben, deutet wieder einmal eine Darstellung des Vorwärts auf, der von einem aus Mitau zurückgekehrten Mitgliede der S. P. D. folgende Schilderung erbielt:

Die militaristische Bewegung im Baltikum wächst trotz des von der Regierung beabsichtigten Abzuges rasch an. Bis zum 10. September trafen täglich aus Deutschland zahlreiche Offiziere und Mannschaften ein, die in die Formationen eingereiht werden. Die Leute werden immer noch in Deutschland erworben und von zahlreichen Agenten, die fast durchweg Offiziersuniform tragen, mit gefälschten Urlaubsscheine versehen. Diese Werber haben unangesehene Urlaubsscheine bei sich, die sie nach Bedarf ausfertigen, um den Geworbenen eine Audienz nach Kurland zu ermöglichen. Wenn diese Pseudourlaubsscheine in den Grenzorten angehalten werden, finden sich kundige Führer, die sie zu Fuß über die Grenze geleiten. Der betreffende Genosse wurde selbst mit 50 Mann in Tilsit angehalten. Von einem sich dort aufhaltenden Offizier erhielten sie Instruktion und einen Führer, der sie aus dem Lager über die Grenze schaffte. Die Grenzposten kümmerten sich nicht um sie und waren anscheinend „gut instruiert“.

In Kurland sind selbst die kleinsten Orte ungesund stark mit Truppen besetzt. Unser Gewährsmann behauptet, daß während des Krieges dort nicht zahlreichere Einquartierungen gelesen hätten als jetzt. Das Städtchen Bauske sei mit Soldaten überfüllt. Aus der Tendenz der Mitteilungen mache man dort kein Geheimnis mehr. In der dortigen Schreiftube beim Stabe des Kapitäns Sidwer von der 2. Infanteriebrigade der Baltischen Landwehr prangen große Plakate, die besagen, daß man kämpfe für das Kaiserreich gegen die Demokratie und wolle lieber sterben als ehelos sein. Der Adjutant dieses Kapitäns äußerte unverhüllt, daß man bald Moske mit seinen Soldaten niederkämpfen werde. Dies sei leicht, da man genug Freunde bei den Kosketruppen habe. Man werde die verdammte demokratische Regierung mit all ihren Juben verjagen und für die nötigen Vagabunden sorgen. Das Kaiserreich werde dann wieder ausgerichtet, und dann sollen die Sozialdemokraten sehen, wie die Deutschen Ordnung machen.

Daß man beabsichtigt, im gegebenen Moment gegen die deutsche Regierung zu ziehen, spielen in Bauske und Mitau die Spähen von den Dächern. Um nicht vorzeitig offen Farbe bekennen zu müssen, läßt man einzelne Formationen zum Schein auf. In Wahrheit überführen man diese aber mit ihrem gesamten Bestand an Mannschaft und Material zur Koltschal-Armee.

Angelockt durch die glänzenden Versprechungen und das ziellose Wandertreiben, das „Soldaten“ im Baltikum führen können, hat sich unter dem militarischen Deckmantel eine internationale Verbrecherbande zusammengefunden. In Sicherheit vor jeder Verfolgung sind dort viele arbeitsfähige Elemente zusammengelaufen, die durch den Krieg jeder beständigen Lebensweise entwöhnt sind und oftmals recht viel auf dem Kerbholz haben. Die Folge hiervon ist, wie der zurückgekehrte Genosse uns berichtet, daß Raub und Plünderung die Haupttätigkeit dieser Zelle der angeblichen Truppen geworden ist. Der Tagesdienst ist Nebensache. Soweit es dunkelt, ziehen diese Elemente aus, um zu stehlen und zu plündern. Die schwer gepöbelte Bevölkerung muß alle Gewalttaten ruhig und widerstandslos über sich ergehen lassen, da sie den bewaffneten Haufen vollständig ausgeliefert ist, keine Mittel der Selbsthilfe besitzt und keine sie schützende Behörde oder Macht zur Seite hat.

Die ungeheuren Aufwendungen an Wohnung und Verpflegung lassen immer wieder die Frage aufstehen, wie und woher die Mittel beschafft werden. Nach zuverlässigen Angaben kostet das deutsch-baltische Landesheer des Generals v. d. Golz täglich über 800 000 Mk. Wer bezahlt die gegenrevolutionäre Plünderherde? Diese Frage muß von zuständiger Seite schleunigt beantwortet werden.

Es muß bitter für den Vorwärts sein, eine derartige Schilderung aus dem Reich des Herrn Koske zum besten zu geben. Jeder Zusatz zu den abermals aufgedeckten Verbrechen der gegenrevolutionären Soldateska im Baltikum, die den deutschen Namen besudeln, erübrigt sich. Bezeichnend bleibt es, daß die Regierung in blindwütigen Haß gegen den „Bolschewismus“ mit dem Mantel der Liebe die v. d. Golzischen Verbrechergestalten zudeckt und sie ruhig weitergewähren läßt.

Das Ergebnis der Schweizer Abstimmung

Der Eintritt in die dritte Internationale abgelehnt. Bern, 18. September. (S. D. A.) Die Abstimmung der Sozialisten über den Eintritt in die dritte Internationale ist beendet. Von 30 000 Mitgliedern, die der Partei angehören, haben 22 000 an der Abstimmung teilgenommen, von denen sich 13 975 gegen und 8 280 für den Eintritt ausgesprochen haben.

Wien ohne Kohle.

Wien, 17. September. (Korr.-Bureau.) Heute nachmittags fand unter dem Vorsitz des Staatskanzlers Renner eine Beratung über die unglückliche Kohlenlage Wiens statt. Es wurde beschlossen, daß vom 21. September ab der Strahenbahnverkehr vollständig eingestellt wird, daß alle Gas- und Kaffeehäuser und die Gastore um acht Uhr abends geschlossen werden, und daß alle elektrischen Zählerhülsen außer Betrieb gesetzt werden.

Wucherfreiheit oder Zwangswirtschaft?

Wie schon so häufig in andern Ressorts der Regierungspolitik, so erlebten wir kürzlich auch in der Wirtschaftspolitik das erbauliche Schauspiel, daß sich zwei sozialdemokratische Minister und zwar der Reichswirtschaftsminister R. Schmidt und der preußische Landwirtschaftsminister Braun in der Frage der Zwangswirtschaft öffentlich beschiedeten. Nicht etwa dreht sich der Streit, wie man es von Sozialdemokraten eigentlich annehmen sollte, darum, wie die heutige nur auf dem Papier stehende Zwangs- und Rationierungswirtschaft fester ausgebaut und im Interesse der minderbemittelten Volksmehrheit schärfer durchgeführt werden könne, sondern das Maß des „Abbaus der Zwangswirtschaft“ ist der Differenzpunkt im Disput Schmidt-Braun. Beide sozialdemokratische Minister gestehen ein, daß unsere heutige Ernährungswirtschaft versagt hat. Braun will die Nöte beheben, indem er aus Gründen der „erschütterten Staatsautorität“ die öffentliche Bewirtschaftung mit dem Ziel des Abbaus „auf das notwendige Maß“ beschränkt, die Rationierung der Getreide, der Kartoffeln trotz gegenteiliger Erfahrungen mit der Freigabe des Obst-, Eier- und Fischhandels fallen läßt und durch „festzusetzende angemessene Preise“ dem Wucher zuvorzukommen sucht. Schmidt hingegen warnt an der Hand einiger lehrreicher Beispiele vor einer Lockerung der Rationierungswirtschaft, solange nicht durch den freien Handel eine Verbilligung der Lebensmittelpreise herbeigeführt würde. Als wenn das jemals der Fall sein könnte!

Die Ausführungen Schmidts, die von der Tendenz getragen sind, den produzierenden Agrariern gut zuzureden und es mit den kapitalgewaltigen Anhängern des freien Handels und der Aufhebung jeglicher Zwangswirtschaft nicht zu verderben, gehen von der richtigen Erkenntnis aus, daß durch die bisherige, einseitig kapitalistische, d. i. auf Profit bedachte Preisbildung bei dem allgemeinen Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen für die große Masse des Volkes eine ständige Verteuerung der Lebenshaltung eintrat. Schmidt weist das Interesse des heutigen Staats an dem Konsumentenstandpunkt nach, ohne jedoch dem „Standpunkt des Produzenten und des Handels“ als der wahren Quelle einseitiger Verteuerung und Warenverschwendung Fehde anzufügen. Es rächt sich auch hier die Inkonsistenz heutiger Regierungsweisheit, auf der einen Seite dem Kapitalismus freies Betätigungsfeld und Gewinnmöglichkeit zu geben und auf der andern Seite eine aus Angst vor dem allmächtigen Kapital lax durchgeführte Rationierung und Zwangswirtschaft weiterzuführen zu wollen.

Wie verbrecherisch und volksbetrügerisch die Freigabe gewisser Ernährungsmittel gewirkt hat, dafür stellt Schmidt eine Reihe für sich sprechender Belege zusammen. Während im Vorjahr ein Pfund Kefsel mit einem Höchstpreis von 60 Pfg. verkauft werden durfte, kostet heute im „freien Handel“ dasselbe Quantum 1.50 Mk. Die Eier stiegen von 70 Pfg. bei rationierter Wirtschaft auf 1.50 Mk. im „freien Handel“. Dasselbe Preisemporschnellen erleben wir bei den Fischen. Schellfische stiegen von 50—75 Pfg. pro Pfund auf 1.60 Mk., Heringe das Stück von 1 Mk. auf 2.50 Mk. usw.

Bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft würden ähnlich wie bei den eben angeführten Beispielen unsere notwendigen Ernährungsmittel in einer Weise im Preise emporschnellen, daß die minderbemittelte Bevölkerung in den Klauen der Lebensmittelwucherer am Hungertode zugrunde ginge. Schmidt berechnet, daß eine fünfköpfige Familie bei der heutigen Rationierungswirtschaft des Getreides wöchentlich für Brot 7 Mk. auslegt. Bei Freigabe des Getreidehandels, für den sich Herr Braun als „Sozialist“ erwärmt, hätte die gleichstarke Familie nahezu 16 Mk. in derselben Zeit auszubringen. Der freigegebene Handel mit Lebensmitteln würde sich sofort analog dem Stande der Taluta — dem nach unserem Gelde umgerechneten hohen Stande des Auslandspreises anpassen. Die Folge würde ein Hochtreiben unserer wichtigsten Nahrungsmittel, wie Fleisch, Milch, Kartoffeln, Zucker um das Drei- und Fünffache sein, ohne daß es dem freien Handel möglich sein könnte, mehr Ware oder qualitativ bessere Ware auf den Markt zu bringen.

Das Geschrei nach dem „freien Handel“ ist nichts als das Verlangen nach Wucherfreiheit. Gerade die bisherigen Beispiele in der Freigabe des Obstes, der Eier, der Fische und letztlich gar der Getreide, zeigen zur Genüge, daß beim freien Handel der Konsument stets der Leidtragende